



Detailansicht des Registereintrags

Gesellschaft für bedrohte Völker

Aktuell seit 19.11.2025 11:38:39

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003607
Ersteintrag:	18.03.2022
Letzte Änderung:	19.11.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	09.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 2024 37010 Göttingen Deutschland
	Telefonnummer: +49551499060 E-Mail-Adressen: info@gfbv.de Webseiten: www.gfbv.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Reinhardtstraße 27B 10117 Berlin
	Telefonnummer: +49551499060 E-Mail-Adresse: s.baysal@gfbv.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

290.001 bis 300.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

6,75

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Burkhard Gauly

Funktion: Vorsitzender

2. Heiko Wächter

Funktion: Vorstandsmitglied

3. Kaan Orhon

Funktion: Vorstandsmitglied

4. Abidine Ould-Merzough

Funktion: Vorstandsmitglied

5. Michaela Böttcher

Funktion: stellvertretende Vorsitzende

Braute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. Sarah Reinke

2. Jasna Causevic

3. Dr. Kamal Sido

4. Daniel Matt

5. Eliane Fernandes Ferreira

6. Jan David Königshausen

7. Laura Mahler

Gesamtzahl der Mitglieder:

4.215 Mitglieder am 31.10.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (7):

1. Forum Menschenrechte

2. Klima Allianz

3. ECOSOC der Vereinten Nationen

4. INGO Konferenz des Europarates

5. Koordination ILO 169

6. Initiative Transparente Zivilgesellschaft

7. Initiative Lieferkettengesetz Deutschland

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verein führt zum Zweck der Interessenvertretung direkte Gespräche sowie schriftliche Kontakte mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages und relevanter Bundesministerien. Durch Hintergrundinformationen, Positionspapiere und Teilnahme an parlamentarischen Fachgesprächen setzt sich der Verein dafür ein, auf Bedrohungen von Völkern, ethnischen und religiösen Gemeinschaften sowie Minderheiten aufmerksam zu machen und politische Maßnahmen zur Prävention von Genozid, Ethnozid und Vertreibung zu fördern. Zusätzlich organisiert der Verein öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Mahnwachen oder Gedenkveranstaltungen, die auch von politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern besucht werden, um diese auf aktuelle Risiken und menschenrechtliche Anliegen aufmerksam zu machen und für die Positionen des Vereins zu sensibilisieren

Konkrete Regelungsvorhaben (7)

1. Genozid-Prävention und Schutzverantwortung

Beschreibung:

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU konsequenter Maßnahmen gegen die Unterwanderung demokratischer Systeme durch autokratische Staaten ergreifen. Ziel ist eine werte- und regelbasierte Ordnung sowie der Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Dazu soll die politische Einflussnahme autokratischer Regime eingedämmt, Desinformation entgegengewirkt und die europäische Zivilgesellschaft gestärkt werden, u. a. durch klare Konditionalitäten für EU-Mittel und mehr Investitionen in Sicherheit und Unabhängigkeit.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

2. Indigene Völker

Beschreibung:

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU menschenrechtliche Prinzipien gegenüber Regierungen im Globalen Süden konsequenter vertreten und die Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen schützen. Ziel ist, politische Rahmenbedingungen zu stärken, die die Beteiligung indigener und marginalisierter Gemeinschaften an Entscheidungen zu Ressourcen, Entwicklung und Klimaschutz sichern und die Einschränkung von NGOs durch staatliche Kontrolle und Repression verhindern.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

3. Genozid-Prävention und Schutzverantwortung - China-Arbeit**Beschreibung:**

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU ihre Menschenrechts- und Außenpolitik gegenüber China konsequenter an rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards ausrichten. Ziel ist, Repressionen gegen Tibeter, Uiguren, Mongolen sowie demokratische Rechte in Hongkong und Taiwan klar zu adressieren, Einflussnahmen Chinas in internationalen Institutionen entgegenzutreten und eine geschlossene europäische Haltung zu fördern, die Menschenrechte gegenüber wirtschaftlichen Interessen nicht nachrangig behandelt.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

4. Schutz bedrohter Minderheiten in Konfliktregionen stärken**Beschreibung:**

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU bei Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen – u. a. in der Ukraine, im Sudan und im Südkaukasus – den Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten konsequenter priorisieren. Ziele sind die Anerkennung und Dokumentation von Verbrechen, die Sicherung humanitärer Zugänge, die politische Unterstützung betroffener Communities sowie wirksame Sanktionen gegen Verantwortliche staatlicher Repression, Vertreibung und Völkermord.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

5. Ethnische und religiöse Minderheiten**Beschreibung:**

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU Kriegsverbrechen und systematische Menschenrechtsverletzungen durch die Türkei und verbündete islamistische Gruppen in Syrien und im Irak klar benennen und strafrechtlich verfolgen. Ziel ist, den Schutz betroffener Minderheiten wie Kurd*innen, Assyrer*innen/Aramäer*innen /Chaldäer*innen, Armenier*innen, Yezid*innen sowie weiterer religiöser Gruppen zu stärken und politische wie rechtliche Maßnahmen zu fördern, die Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [[alle RV hierzu](#)]

6. Postkoloniale Verantwortung Deutschlands in Afrika stärken**Beschreibung:**

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU koloniale Kontinuitäten in Afrika konsequent adressieren und Maßnahmen zum Schutz indigener und marginalisierter Bevölkerungsgruppen unterstützen. Ziel ist insbesondere, gerechte Beteiligungsprozesse,

völkerrechtskonforme Ressourcennutzung, die Anerkennung kolonialen Unrechts sowie wirksame Schritte gegen Enteignung, Vertreibung und Diskriminierung zu fördern – etwa in Namibia, Tansania, der Westsahara und der DR Kongo.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

7. Schutz indigener Gemeinschaften im Amazonas vor Gewalt und Landraub stärken

Beschreibung:

Es wird darauf hingewirkt, dass Deutschland und die EU den Schutz indigener Gemeinschaften im Amazonas stärken und schwere Menschenrechtsverletzungen durch organisierte Kriminalität, illegale Extraktion und staatliches Versagen klar adressieren. Ziel ist, sichere Handlungsräume für indigene Vertreter*innen zu schaffen, ihre Landrechte zu schützen und politische Maßnahmen zu fördern, die Gewalt, Vertreibung und die Bedrohung in freiwilliger Isolation lebender Gruppen eindämmen.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

620.001 bis 630.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

480.001 bis 490.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

GfbV-Jahresbericht2024.pdf